

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Ergebnisse erhofft sich die Landesregierung von der Weltklimakonferenz in Marrakesch?
2. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über die konkreten Inhalte des deutschen Klimaschutzplans vor?
3. Welche umwelt- und wirtschaftspolitischen Folgewirkungen sind für Rheinland-Pfalz durch den Klimaschutzplan zu erwarten?
4. Welche begleitenden Maßnahmen startet die Landesregierung Rheinland-Pfalz, um den Klimaschutzplan zum Erfolg zu führen?

Dr. Thomas Griese, Staatssekretär:

Zu Frage 1: Um die Erwartungen, die an die Klimakonferenz von Marrakesch bestehen, richtig einordnen zu können, muss man sich die Entwicklung seit Dezember 2015 vor Augen führen. Vor weniger als einem Jahr haben sich die Staaten der Erde auf der Klimakonferenz von Paris auf konkrete Pläne und konkrete Ziele im Klimaschutz geeinigt. In Rekordzeit, in weniger als einem Jahr, ist diese Vereinbarung ratifiziert worden. Es ist denkwürdig, dass die Ratifizierung vor der Europäischen Union bereits von den Ländern USA und China vorgenommen wurde. Die jetzige Klimakonferenz steht unter dem Leitmotto „Action and Implementation“, also Handeln und Umsetzung. Das ist auch notwendig, da der Klimawandel Realität ist und wir dringend darauf angewiesen sind, Klimaschutzmaßnahmen zu betreiben. Das will ich auch anhand der aktuellen Temperaturzahlen aus Rheinland-Pfalz unterlegen. In Rheinland-Pfalz war das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen das Jahr 2014 mit plus 1,8 Grad Celsius. 2015 war das zweitwärmste Jahr, und 2016 wird allem Anschein nach 2015 sogar noch überholen. Seit Beginn der Wetteraufzeichnungen waren also die drei wärmsten Jahre in Rheinland-Pfalz die Jahre 2014, 2015 und 2016.

Wir merken die Auswirkungen nicht zuletzt auch bei den Starkregenereignissen und den dadurch ausgelösten, lokal begrenzten Hochwasserereignissen, die wir in diesem Jahr hatten, bei Schädlingen, die wir vorher nicht hatten – es war gerade von der Kirschessigfliege die Rede, einem Klimafolgeschädling –, oder an den sich stärker ausbreitenden Pilzkrankheiten, die wir in den landwirtschaftlichen und weinbaulichen Kulturen haben. Vor diesem Hintergrund erhoffen wir uns und erwarten wir, dass aus der in Rekordzeit vorgenommenen Ratifizierung des Klimaschutzabkommens vom Dezember 2015 jetzt auch Schwung in die Umsetzung entsprechender Maßnahmen hineinkommt und sich die Mitgliedstaaten der Erde jetzt auch auf konkrete Umsetzungs- und Handlungsschritte verständigen. Dabei soll nicht verschwiegen werden, dass wir uns als Bundesrepublik Deutschland und auch als Europäische Union nicht zurücklehnen und glauben können, wir seien im Klimaschutz die Vorreiter und alle anderen würden uns nur nach und nach oder zögerlich folgen, sondern die Entwicklung in den letzten Jahren zeigt, dass gerade die Länder, die in der Vergangenheit dabei eher zögerlich waren, jetzt auf die Überholspur gehen. Gerade gestern war unter „tagesschau.de“ zu lesen, als eine Bilanz der Präsidentschaft von Präsident Obama gezogen wurde, dass in der Regierungszeit von Präsident Obama in den USA auf entsprechendes Regierungsbetreiben hin über 400 Kohlekraftwerke stillgelegt worden sind. Eine zweite denkwürdige Zahl ist, dass in China im letzten Jahr so viel Windkraftkapazität installiert worden ist – ungefähr 36.000 MW –, wie in Deutschland insgesamt steht. Dies in einem Jahr! In diesem und im nächsten Jahr wird es ähnlich sein. Das zeigt, wir dürfen uns nicht bequem zurücklehnen, sondern wir müssen mit entsprechenden Klimaschutzanstrengungen den Klimawandel bekämpfen.

Zu Frage 2: Das Bundesumweltministerium hat inzwischen auf der Homepage den Klimaschutzplan des Bundes 2050 veröffentlicht. Deutschland will bis zur Mitte dieses Jahrhunderts weitgehend treibhausgasneutral sein. Das Zwischenziel für Deutschland ist nach diesem Plan eine Minderung

um 55 % bis spätestens 2030. Ich will schon hier sagen, dass wir da als Land Rheinland-Pfalz ehrgeiziger sind. Wir haben ein Landesklimaschutzgesetz, das auch von der neuen Koalitionsregierung entsprechend unserer Koalitionsvereinbarung vorangetrieben wird. In ihm ist bereits festgelegt, dass wir schon bis 2020 40 % Minderung erreicht haben wollen. Wir begrüßen, dass jetzt im Bundesklimaschutzplan konkrete Minderungsvorgaben für einzelne Bereiche, für einzelne Handlungsfelder festgelegt worden sind. Wir sagen aber auch vor dem Hintergrund, dass wir in der Koalitionsvereinbarung festgelegt haben, dass wir uns auch zum Kohleausstieg bekennen, dass wir uns im Klimaschutzplan der Bundesregierung ein konkretes Ausstiegsdatum gewünscht hätten.

Zu Frage 3: Der vorgelegte Plan enthält erstmals Minderungsziele für einzelne Wirtschaftszweige bis 2030 und gibt damit eine konkrete strategische Orientierung. Ich will an dieser Stelle darauf verweisen, dass Rheinland-Pfalz zum Beispiel beim Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen eine Spitzenstellung in Deutschland einnimmt. Wir werden in diesem Jahr etwa 45 % des Stroms, der in Rheinland-Pfalz erzeugt wird, aus erneuerbaren Quellen bekommen haben. Das ist ein Zielwert, an dem sich die anderen Bundesländer gerne orientieren sollen.

Ich will dann auch darauf hinweisen, dass die Folgen des Klimawandels, wenn wir nichts tun, teurer werden als das, was wir in den Klimaschutz investieren. Die geplante Dekarbonisierung soll und wird im Übrigen nicht zu einer Verringerung der Industrieproduktion führen, sondern sie wird Arbeitsplätze schaffen, Wirtschaftskraft erhalten und ausbauen sowie das Innovationspotenzial, das wir haben, nutzbar machen. Mit unseren erfolgreichen Unternehmen im Bereich der Umwelt- und Klimaschutztechnologie schaffen wir eine Grundvoraussetzung für das Voranbringen des Klima- und Umweltschutzes. Eine Zahl ist dabei in besonderer Weise von Bedeutung: Der Anteil der Umwelt- und Klimaschutztechnologie am rheinland-pfälzischen Bruttoinlandsprodukt liegt inzwischen nämlich bei 11 %, und das Wachstum dieser Branche liegt zwischen 11 und 16 %. Damit liegt es deutlich über dem Bundesdurchschnitt, bei dem wir „nur“ ein Wachstum von 7,5 % haben. Aber auch das zeigt, dass es eine innovative und wachsende Branche ist.

Zu Frage 4: Der Klimaschutzplan richtet sich als Strategie zuallererst an den Bund, aber auch die Länder müssen ihren Beitrag leisten. Wir, Rheinland-Pfalz, haben mit dem Landesklimaschutzgesetz 2014 und dem Landesklimaschutzkonzept ressortübergreifend die Weichen gestellt. Wir waren eines der drei ersten Bundesländer, das ein solches Klimaschutzgesetz und einen solchen Klimaschutzplan hatte. Wir freuen uns natürlich darüber, dass dieses Konzept inzwischen auch in anderen Bereichen, in anderen Ländern angegangen wird.